

*DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB*  
**DIE LINKE.KÖLN**  
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Haus Neuerburg  
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln  
Postanschrift:  
Postfach 103564 · 50475 Köln  
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841  
e-mail: [DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de)  
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.01.2009

**AN/0200/2009**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	10.02.2009

**Anfrage an den Rat zum Sozialtarif Strom/Gas**

Der Rat der Stadt Köln hat am 13.12.2007 die Verwaltung beauftragt, die Einführung von Sozialtarifen für Strom- und Gasbezug zu prüfen. Dazu sollte die Verwaltung:

- einen Bericht über die Situation in Köln einschließlich der Umsetzung der EU-Richtlinien und der Maßnahmen zur Vermeidung von Zählersperrungen vorlegen
- Verhandlungen mit der Rhein-Energie führen
- auf Bundesebene initiativ werden.

(vollständiger Wortlaut siehe Ratsbeschluss 1625/2007)

Der Ratsbeschluss fand ein bundesweites Echo und wurde von Umweltminister Gabriel in einer Regierungserklärung Anfang Januar 2008 aufgegriffen.

In Köln begrüßten die Liga der Wohlfahrtsverbände, der Katholikenausschuss, der DGB und die Verbraucherzentrale den Ratsbeschluss und drängen auf eine schnelle Umsetzung.

Im Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters für das erste Halbjahr 2008 wurde lediglich über erste Verhandlungen am 21. April 2008 mit der Rhein-Energie berichtet. Die Rhein-Energie hatte sich in diesem Gespräch zunächst gegenüber der Einführung eines Sozialtarifes ablehnend verhalten.

Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Was ist die Antwort der Verwaltung auf die von Rhein-Energie vorgetragene Position? Hat die Verwaltung inzwischen weitere Gespräche mit Rhein-Energie über die Ein-

führung von Sozialtarifen geführt? Falls ja, wie sieht der aktuelle Diskussionsstand aus? Falls nein, warum fanden keine weiteren Gespräche statt?

2. Laut Antwort vom 14. 08. 2008 auf unsere Anfrage im Ausschuss für Soziales und Senioren kam es in 2007 zu etwa 5.000 Versorgungsunterbrechungen durch Rhein-Energie.  
Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um die Zahl der Zählersperrungen bzw. Überschuldungen von Menschen mit hohen Energierechnungen zu senken? Hat die Verwaltung Kontakt zur Verbraucherberatung aufgenommen?
3. Gibt es neue Überlegungen und Positionen seitens der EU? Welche Regelungen gibt es in europäischen Nachbarländern? Welche Modelle von Sozialtarifen sind in der BRD bereits realisiert?
4. Wie ist der aktuelle Diskussionsstand in der Kölner Verwaltung zur Förderung der Anschaffung von neuen, energiesparenden Elektrogeräten durch private Haushalte?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Jörg Detjen